„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich pünktlich mit Ausnahme des Sonntags, an welchen es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürsten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 56, Königgrätzer 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106; ferner bei allen Stadtpostämtern und den Zeitungsspeditoren Berlins und der Vororte.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Handels-Zeitung“, sowie dem illustrirten Blatt auf das „ULK“, der freiliegt. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, der „Technischen Rundschau“, dem Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf. Ausland excl. Postaufschlag; bei directer Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung vierteljährlich 4 M., monatlich 2 M.) — Inserate 4 Zeile 50 Pf. „General-Anzeiger“ 50 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 409. Berlin, Sonntag, den 14. August 1898. XXVII. Jahrgang.

Politische Wochenschau.

J. V. von
Heinrich Nicolai.

Während im Auslande oft im Hochsommer noch die parlamentarischen Kämpfe toben, pflegt bei uns in dieser Zeit die Ruhe Politik sich von den Anstrengungen der langen Wintersaison zu erholen. Die absolute Windstille, die jetzt im deutschen Reich auf politischem Gebiet herrscht, wurde so recht fühlbar, als die Lage, in denen man sich ausschließlich mit dem Fürsten Bismarck und der Trauer um ihn beschäftigte, vorüber waren. Der Kaiser, der Reichskanzler, der Staatssekretär des Auswärtigen und eine Reihe anderer Minister weilten und weilen außerhalb der Reichshauptstadt.

Kein Wunder, daß von irgend welchen bemerkenswerthen Geschehnissen weder auf dem Gebiete der inneren, noch auf dem der auswärtigen Politik die Rede ist. Und doch ruht die Gesetzgebungsmaschine, die man im Winter so laut klappern hört, nicht ganz; sie arbeitet nur geräuschlos und vielleicht sogar intensiver. In den Büreaus der Reichsämter und preußischen Ministerien ist man zur Zeit mit der Vorbereitung jener Vorlagen beschäftigt, die von den Parlamenten nach ihrem Zusammentritt im Spätherbst die Appretur erhalten sollen.

Besonders eifrig ist man jetzt im Reichsamt des Inneren. Graf Posadowsky legt Werth darauf, festzustellen, daß seine vielbesprochenen Ausführungen in der letzten Reichstagssession nicht dahin aufgefaßt werden dürften, als ob nun auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung ein Stillstand eintreten solle. Im Gegentheil, er will seine ganze Kraft darauf verwenden, die Mängel und Unzulänglichkeiten zu beseitigen, welche diesen Gesetzen anhaften, und welche in weiten Kreisen der Bevölkerung schwer empfunden werden. Die Regierung wird dabei, um den Reichstag nicht vor allzu umfangreiche Aufgaben zu stellen, schrittweise vorgehen und zunächst eine gründliche Revision des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes vornehmen. Ueber den Inhalt des Entwurfes kann Näheres zur Zeit noch nicht mitgetheilt werden, da er den Bundesrath noch nicht beschäftigt hat, welcher erst Anfangs Oktober seine Arbeiten wieder aufnehmen wird. Nur so viel hört man, daß Prinzip, daß die Ansprüche der Berechtigten unter dem Gesichtspunkt der Billigkeit zu würdigen seien, solle noch mehr als bisher zur Geltung kommen. Es ist nicht unmöglich, daß diese Novelle im Reichstage zu heftigen Kämpfen den Anlaß geben wird; denn, wie erinnerlich, hatten die verbündeten Regierungen die Absicht, für die im Osten Preußens hausenden Agrarier durch die industriellen Westen und Süden einen Theil der Beiträge für die Invaliditäts- und Altersversicherung aufbringen zu lassen, ein Verfahren, das man mit einer Miquelschen Wendung als „ausgleichende Gerechtigkeit“ bezeichnet.

Freilich hat die Reichsregierung, wie man die Gesammtheit der verbündeten Regierungen zu bezeichnen sich wohl erlauben darf, die Zustimmung auch eines nicht unerheblichen Theiles der agrarisch infizirten Reichstagsmitglieder in der nächsten Session zu der in Aussicht stehenden Erneuerung des Privilegiums der Reichsbank nöthig. Aber es wäre eine vollständig verfehlte Politik, wollten die leitenden Persönlichkeiten die Genehmigung eines von ihnen als nothwendig erkannten Entwurfes durch neue Konzessionen an die Agrarier erkaufen, die man als lebende Beispiele für den Satz aufstellen könnte, daß der Appetit beim Essen kommt. Hat die Reichsregierung erkannt, daß es des deutschen Reiches Großmachtstellung untergraben hieße, wenn man seiner natürlichen Entwickelung vom Agrarstaat zum Industriestaat durch allerhand protektionistische Maßnahmen Hindernisse bereiten wollte, so muß sie auch die Konsequenzen ziehen und den jetzigen Inhabern des Mißlichen Geschäfts einmal zeigen, daß es auch eine Grenze giebt, über die der Staat wirthschaftlichen Interessentengruppen nicht gestattet hinauszugehen. Wenn die Agrardemagogen, die jetzt keine Selbstbeschränkung mehr zu kennen scheinen, erst einmal merken, daß es Ernst wird, und daß die Regierung auch vielleicht bei anderer Gelegenheit als bei Militärfragen zu einer Parlamentsauflösung schreiten könnte, werden die Herren vom Bunde der Landwirthe, die auch bereits von manchen Konservativen mit Mißtrauen betrachtet werden, sich etwas mehr Mäßigung auferlegen, um nicht an ihrem Verein zu erfahren, daß der Bogen, der allzu straff gespannt wird, zerbricht.

Offenbar fürchten manche konservativen Politiker schon, der „Bund der Landwirthe“ könne ihrer Partei über den Kopf wachsen, und man suchte dieser Entwickelung durch allerhand kleine Mittel vorzubeugen. In der „Kreuz-Zeitung“ erörterte ein Mitglied des Bundes selbst eine Dezentralisation desselben und eine provinzielle Verschmelzung mit anderen bäuerlichen Verbänden, wobei namentlich an die vom Centrum geleiteten Vereinigungen gedacht wurde, und Graf Mirbach regte die Hinausschiebung der Wahl eines ersten Vorsitzenden an Stelle des Herrn v. Plötz an. Aber vorläufig hat die radikale Strömung im Bunde die Oberhand behalten: der Vorschlag, betreffend die Dezentralisation wurde von seinem Organ mit Spott und Hohn abgelehnt, und zum Nachfolger des „Vaters Plötz“ wählte der Bundesausschuß Herrn v. Wangenheim. Derselbe will sich freilich, wenn er auch in Pyritz-Saatzig der Nachfolger des Herrn v. Plötz werden sollte, im Reichstage den Konservativen anschließen, hat sich aber durch so radikale und demagogische Reden und Artikel bekannt gemacht, daß man ein gemäßigtes Vorgehen des Bundes, so lange er unter seiner Leitung steht, nicht erwarten darf. Uns kann es recht sein, wenn die „grünen Sozialen“ so fortfahren, wie sie angefangen haben; dann wird sich nämlich die Regierung nicht mehr lange der Erkenntniß verschließen können, daß sie auf das liberale Bürgerthum sich wird stützen müssen, wenn der Staatsgedanke nicht ganz und gar in den Hintergrund gedrängt werden soll.

Ob auch Herr v. Miquel, der es bisher mit den Agrariern hielt, noch einmal seine Haltung ändern wird? Vorläufig beschäftigt sich dieser vielgewandte Minister nebst seinen Kollegen mit der Frage, wie das Deutschthum in den Landestheilen mit einer zahlreichen polnischen Bevölkerung gestärkt werden könne. Wie man hört, soll dabei nicht allein die Stadt Posen, welcher die letzten Ministerbesuche galten, berücksichtigt, sondern die kulturelle Hebung der ganzen in Frage kommenden Landstriche in Angriff genommen werden.

Man sieht, daß unsere Minister schwere Aufgaben vor sich haben, bei deren Lösung sie ihren Ehrgeiz genugsam bethätigen können, ohne dem Fürsten Hohenlohe seinen verantwortungsvollen Posten zu neiden. Und so wird denn auch von einer der zahlreichen „maßgebenden Stellen“, die wir im Reich und in Preußen haben, auf das Bündigste versichert, daß von einer Krise, auf die man in den letzten Wochen wieder hingedeutet hatte, absolut keine Rede sei und auch keine Rede gewesen sei. Von allen Kollegen des Fürsten Hohenlohe werde gewünscht, daß er noch recht lange im Amte bleibe; im Uebrigen sei, so wird hinzugefügt, seine Stellung zur Zeit so fest, daß man hoffen könne, der Kanzler werde so lange im Amte bleiben, wie seine Kräfte nur irgend gestatten.

Und in der That erscheint es, wenn man die Gesammtlage überschaut, im höchsten Grade wünschenswerth, daß eine gewisse Stabilität in der Besetzung unseres obersten Reichsamtes vorherrsche, und daß an der Spitze desselben ein so hervorragender und erfahrener Diplomat wie Fürst Hohenlohe stehe. Freilich ist zur Zeit kein Grund zu irgend welchen Besorgnissen vorhanden, allein es giebt doch hier und da Stellen, wo Keime zu Verwickelungen ansetzen könnten.

In England wird es unangenehm empfunden, daß in China das Prinzip der „offenen Thür“, also des freien Wettbewerbes aller Mächte, bei dem es die besten Geschäfte zu machen hofft, mehrfach durchbrochen worden ist. Auch die Vorrechte, welche unser Vertrag mit China uns in Bezug auf das Hinterland von Kiautschau, die Provinz Schantung, sichert, haben der englischen Regierung, wie bei den jüngsten Verhandlungen im Unterhause zur Sprache kam, bereits Anlaß gegeben, in Peking zu reklamiren, freilich angesichts der klaren Bestimmungen unseres Vertrages ohne jeden Erfolg. Die Energie, mit der die englische Industrie und die englische Regierung in Ostasien die Konkurrenz auch in unserer Interessensphäre mit uns aufnehmen, sollte für unsere Industriellen ein Ansporn sein, sich die ihnen gesicherten Vortheile nicht durch allerlei kaufmännische Manöver aus der Hand winden zu lassen.

Die deutschen, belgischen ꝛc. Eisenbahn- und Bergwerksgesellschaften werden sich um so energischer gegen den Wettbewerb englischen Kapitals zu wehren haben, als England in Nordchina, wie es scheint, wohl oder übel vor dem dort überwächtigen russischen Einfluß zurückweicht. Rußland arbeitet mit eiserner Energie daran, Nordchina wirthschaftlich und auch politisch von sich abhängig zu machen, und, wie der neueste Eisenbahnkonflikt zeigt, ist England nicht in der Lage oder nicht gewillt, ihm darin einen erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen. Unbekümmert um die blinden Schüsse, welche in den Leitartikeln der englischen Blätter verfeuert werden, geht Rußland weiter, dem bei diesen friedlichen Erweiterungen seiner Macht der Absolutismus insofern sehr zu Statten kommt, als es durch feinerlei Parlamentsbeschlüsse und Widerstandskräfte der öffentlichen Meinung behindert wird, während die Regierung der Königin Victoria auf Personen und Dinge Rücksicht zu nehmen hat. Mit aus den besonderen, zur Zeit in London herrschenden Verhältnissen ist es wohl auch zu erklären, daß es von einer Ausschärfung des Konfliktes mit Rußland schon wieder still wird, und daß Lord Salisbury in ein französisches Seebad gegangen, das Parlament aber vertagt worden ist.

Ebenso erfreulich wie der Umstand, daß es wegen der Eisenbahnfrage vorläufig wenigstens nicht zu einem Zusammenstoß zwischen Rußland und England kommt, ist die am Freitag Nachmittag in Washington vollzogene Unterzeichnung des Präliminarfriedens zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Spanien und die im Anschluß daran sofort erfolgte Einstellung der Feindseligkeiten. Damit ist nun glücklicherweise ein Krieg zu Ende, dessen Ausgang von vornherein wegen der schlechten finanziellen Situation Spaniens und seiner zum Theil daraus erklärlichen mangelhaften Kriegsvorbereitungen nicht zweifelhaft war, und dessen jetziger Abschluß vom Standpunkte der Humanität mit ungetheilter Freude begrüßt werden muß, derselben Humanität, die Amerika den Anlaß zum Losschlagen gab. Denn die Verwüstungen, welche Hunger und Krankheiten in den letzten Wochen unter den spanischen Truppen anrichteten, und die Folgen des Fiebers bei den Amerikanern waren kaum weniger schrecklich als das Blutvergießen auf den Schlachtfeldern, und man kann es der gegenwärtigen spanischen Regierung nicht hoch genug anrechnen, daß sie sich entschloß, Frieden um jeden Preis zu machen und sich den Bedingungen der Amerikaner zu fügen, mochten dieselben auch noch so hart erscheinen.

In der That hat die Wahrung ihrer nationalen Ehre die Spanier viel gekostet. Wenn sie den Kubanern die Unabhängigkeit zugestanden hätten, wäre der Krieg zu vermeiden gewesen. Jetzt verliert Spanien nicht nur Kuba, sondern dazu Portorico, seinen gesammten Antillenbesitz und die Ladronen, soweit Amerika sie zu haben wünscht, und vielleicht auch noch einen Theil der Philippinen. Doch muß zugegeben werden, daß selbst eine Regierung, die diesen Ausgang vorhergesehen hätte, wegen der Stimmung der spanischen Bevölkerung nicht im Stande gewesen wäre, dem Kriege auszuweichen. Genug, der nationalen Ehre ist Genüge geschehen, aber Spanien, das ohnehin schon mit finanziellen Bedrängnissen arg zu kämpfen hatte, ist dem Ruin noch näher gekommen und jener Inseln beraubt, die die Hauptquellen seines Einkommens waren, und über unzählige Familien ist Trauer, Noth und Elend hereingebrochen.

Das sind die traurigen Folgen einer rücksichtslosen und grausamen Politik, wie sie Spanien seit Jahrhunderten getrieben hatte, und deren Verderblichkeit erst die jetzige spanische Regierung unter dem Drucke der Verhältnisse erkannt hat. Als sie den Kubanern gewisse Zugeständnisse machte, war der Stein schon ins Rollen gekommen. Die Reformen, die der liberale Sagasta einführte, kamen zu spät, um die Sünden seiner konservativen Vorgänger wieder gut zu machen.

Bemerkenswerth ist, daß Spanien während des Krieges vor inneren Erschütterungen bewahrt blieb. Nicht nur die jetzige Dynastie blieb am Ruder, sondern auch das Ministerium, welches beim Ausbruch des Krieges im Amte war. Es ist auch nicht anzunehmen, daß Don Carlos noch wagen wird, einen Bürgerkrieg zu entfesseln; ist doch die spanische Landarmee auch jetzt noch ein Faktor, mit dem zu rechnen ist. Wichtiger für Spanien erscheint die Frage, wie die Folgen des Krieges in wirthschaftlicher Beziehung von dem Lande zu tragen sein werden. Und in dieser Hinsicht könnte man wünschen, daß die Männer, welche das Staatsschiff durch die vielen Klippen während des Krieges hindurchgesteuert haben, am Ruder bleiben und nicht durch Generäle ersetzt werden möchten, die vielleicht im Stande sind, etwaige Pronunciamentos zu unterdrücken, nicht aber dazu, Reformen auf wirthschaftlichem Gebiet durchzuführen. Und auf Reformen — so viel müßte Spanien aus dem Verlust des Krieges und seiner schönen Kolonien gelernt haben! — kommt alles an.

Das sollten auch die leitenden Persönlichkeiten in Oesterreich nicht vergessen, welche in der in diesem Lande schon zur Gewohnheit gewordenen Manier „fortwursteln“ möchten, sich aber zu keinem entscheidenden Schritt, der dem herrschenden Lohnwahnsinn ein Ende machen könnte, aufzuraffen vermögen. Zu dem Ausgleich mit Ungarn gehört ein aktionsfähiges Parlament; die Deutschen aber machen ihre Mitwirkung an der gesetzgeberischen Arbeit von der Aufhebung der Sprachenverordnung abhängig, zu der die Regierung sich nicht verstehen will. Da Ungarn nun den „Ausgleich“ nur abschließen will, wenn in Oesterreich das Parlament mitwirkt, so befindet sich die österreichische Regierung in einer Zwangslage, und der „Dualismus“ in der österreichisch-ungarischen Monarchie hat nachgerade Formen angenommen, die der schlimmsten Bedeutung dieses Wortes entsprechen. Der Kaiser-König Franz Joseph hat eine schwerere Aufgabe zu lösen als einst Alexander: er soll einen gordischen Knoten lösen, ohne ihn mit dem Schwerte durchhauen zu dürfen. Ministerberathung folgt auf Ministerberathung, aber von einem gedeihlichen Ergebniß der Verhandlungen hört man nichts.

Auch die Affäre Dreyfus-Esterhazy-Zola-Picquart in Frankreich kommt nicht von der Stelle. Die „Intellektuellen“, die von der Unschuld des auf der Teufelsinsel lebendig begrabenen Kapitäns Dreyfus überzeugt sind, häufen Beweise auf Beweise, um darzuthun, daß an jener Stelle Herr Esterhazy gehöre. Aber immer, wenn sie ihn eingekreist zu haben glauben, läßt ihn die Regierung entschlüpfen. Der Untersuchungsrichter Bertulus hat seine Absicht, Esterhazy wegen Fälschung vor die Geschworenen zu bringen, nicht durchführen können; er mußte auf höheren Befehl Esterhazy wieder in Freiheit setzen. Aber die Dreyfus-Freunde werden ihre Bemühungen nicht aufgeben in der Hoffnung, daß die Esterhazy-Partei sich eines Tages doch zu Tode siegen werde.

---

* Bereits im Jahre 1886 hat die **französische Regierung** die Taxe der **Zeitungstelegramme** innerhalb der Grenzen des Landes auf die Hälfte des gewöhnlichen Tarifes herabgesetzt und befaßte sich seither mit der Ausdehnung dieser Vergünstigung auf die ausländischen Depeschen. Die Mehrzahl der Privatgesellschaften des Auslandes hat bereits auf die Anfrage bejahend geantwortet und große Taxreduktionen für die Zeitungstelegramme, die von oder nach Amerika, Afrika und dem äußersten Osten kommen, in Aussicht gestellt. Was die europäischen Staaten anbetrifft, so zeigten sich diese weniger geneigt, der Forderung der französischen Verwaltung Folge zu leisten. Auf jeden Fall aber wurde bei

Hierzu für die Berliner Abonnenten „Deutsche Lesehalle“ Nr. 33.